

UNIVERSITÄT LEIPZIG

Fakultät für Chemie und Mineralogie

PRÜFUNGSORDNUNG

für den Studiengang Chemie zum Master of Science (M.Sc.)

Aufgrund von § 8 Abs. 2 und § 24 Abs. 1 des Gesetzes über die Hochschulen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulgesetz - SächsHG) vom 11. Juni 1999 (Sächs. GVBl. 11/1999 S. 293) hat der Senat der Universität Leipzig am 11.12.2001 folgende Prüfungsordnung erlassen:

Inhaltsübersicht:

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Regelstudienzeit
- § 2 Prüfungsaufbau
- § 3 Fristen
- § 4 Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen
- § 5 Arten der Prüfungsleistungen
- § 6 Mündliche Prüfungsleistungen
- § 7 Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten

§ 8 Bestehen und Nichtbestehen, Bildung und Gewichtung der Noten

- § 9 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

§ 10 Bestehen und Nichtbestehen

§ 11 Freiversuch

§ 12 Wiederholung der Fachprüfungen

§ 13 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

§ 14 Prüfungsausschuss

§ 15 Prüfer, Beisitzer, Prüfer und Beisitzer

§ 16 Zweck und Durchführung der Abschlussprüfung

§ 17 Ausgabe, Abgabe, Bewertung und Wiederholung der Abschlussprüfung

§ 18 Zeugnis und Masterurkunde

§ 19 Ungültigkeit einer Prüfung

§ 20 Einsicht in die Prüfungsakten

§ 21 Zuständigkeiten (Prüfungsamt)

2. Abschnitt: Fachspezifische Bestimmungen

§ 22 Studiendauer, Studienaufbau und Stundenumfang

§ 23 Fachliche Voraussetzung für die Abschlussprüfung

§ 24 Gegenstand und Umfang der Abschlussprüfung

§ 25 Bearbeitungszeit der Abschlussarbeit, Kolloquium

§ 26 Abschlussgrad

§ 27 In-Kraft-Treten

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Regelstudienzeit

Die Regelstudienzeit beträgt vier Semester und umfasst das Vertiefungsstudium und die Prüfungen einschließlich der Abschlussarbeit.

§ 2 Prüfungsaufbau

Die Abschlussprüfung besteht aus Fachprüfungen und der Abschlussarbeit. Die Fachprüfungen setzen sich aus einer oder mehreren Prüfungsleistungen in einem Prüfungsfach oder in einem fachübergreifenden Prüfungsgebiet zusammen. Fachprüfungen können studienbegleitend abgenommen werden.

§ 3 Fristen

- (1) Es ist keine Zwischenprüfung abzulegen.
- (2) Die Fachprüfungen der Abschlussprüfung gemäß § 24 Abs. 2 und die Abschlussarbeit sind so zu organisieren, dass sie innerhalb der Regelstudienzeit abgelegt werden können. Eine Abschlussprüfung, die nicht innerhalb von vier Semestern nach Abschluss der Regelstudienzeit abgelegt worden ist, gilt als nicht bestanden. Eine nicht bestandene Abschlussprüfung kann nur innerhalb eines Jahres einmal wiederholt werden. Nach Ablauf dieser Frist gilt sie als endgültig nicht bestanden. Eine zweite Wiederholungsprüfung kann nur in besonders begründeten Ausnahmefällen zum nächstmöglichen Prüfungstermin durchgeführt werden.
- (3) Die Prüfungen können auch vor Ablauf der festgesetzten Fristen abgelegt werden, sofern die erforderlichen Prüfungsvorleistungen (§ 4 Abs. 1 Nr. 2) nachgewiesen sind.
- (4) Die Studienordnung und das Lehrangebot stellen sicher, dass Prüfungsvorleistungen und Fachprüfungen in den in der Prüfungsordnung festgesetzten Zeiträumen abgelegt werden können. Der Prüfling soll rechtzeitig sowohl über Art und Zahl der zu erbringenden Prüfungsvorleistungen und der zu absolvierenden Fachprüfungen als auch über die Termine, zu denen sie zu erbringen sind, informiert werden. Dem Prüfling sind für jede Fachprüfung auch die jeweiligen Wiederholungstermine bekanntzugeben.

§ 4

Allgemeine Zulassungsvoraussetzungen

(1) Die Abschlussprüfung kann nur ablegen, wer

1. an der Universität Leipzig im Masterstudiengang immatrikuliert ist und
2. die im Einzelnen bestimmten Studienleistungen, die den Fachprüfungen vorgehen (Prüfungsvorleistungen), für die jeweiligen Fachprüfungen erbracht hat.

Für jede Fachprüfung der Abschlussprüfung ist ein gesonderter schriftlicher Antrag beim Prüfungsamt unter Beachtung der vom Prüfungsausschuss rechtzeitig festgelegten Meldefristen erforderlich, um zur Prüfungsteilnahme zugelassen zu werden.

Dem Antrag auf Zulassung an einer Prüfungsleistung sind folgende Unterlagen beizufügen:

die Nachweise über das Vorliegen der in Abs. 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen, das Studienbuch oder die an seine Stelle tretenden Unterlagen, eine Erklärung darüber, ob der Kandidat bereits eine Abschlussprüfung im Master-studiengang Chemie an einer wissenschaftlichen Hochschule nicht bestanden hat oder ob er sich in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet.

(4) Die Zulassung zu einer Fachprüfung darf nur abgelehnt werden, wenn

1. die in Absatz 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
2. die Unterlagen unvollständig sind oder
3. der Prüfling in demselben oder in einem verwandten Studiengang die entsprechende Prüfung endgültig nicht bestanden hat oder sich in einem entsprechenden Prüfungsverfahren befindet oder
4. der Prüfling nach Maßgabe des Landesrechts seinen Prüfungsanspruch durch Überschreiten der Fristen für die Meldung zu der jeweiligen Prüfung oder deren Ablegung verloren hat. Die Ablehnung ist schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfs-belehrung zu versehen.

§ 5

Arten der Prüfungsleistungen

(1) Prüfungsleistungen sind

1. mündlich (§ 6) und/oder
2. schriftlich durch Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten (§ 7) und/oder
3. als alternative Prüfungsleistungen zu erbringen.

Schriftliche Prüfungen nach dem Multiple-Choice-Verfahren sind ausgeschlossen.

(2) In Fächern, in denen eine eindeutige Bewertung bereits aufgrund der Studienleistungen erfolgen kann (besonders bei Praktika), kann der Leistungsnachweis als alternative Prüfungsleistung benotet werden.

(3) Macht der Prüfling glaubhaft, dass er wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen

Form abzulegen, so wird dem Prüfling gestattet, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Dazu kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes verlangt werden. Entsprechendes gilt für Studienleistungen.

§ 6

Mündliche Prüfungsleistungen

- (1) Durch mündliche Prüfungsleistungen soll der Prüfling nachweisen, dass er die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkennt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermag. Ferner soll festgestellt werden, ob der Prüfling über ein dem Stand des Studiums entsprechendes vertieftes Fachwissen verfügt.
- (2) Mündliche Prüfungsleistungen werden in der Regel vor mindestens zwei Prüferinnen oder Prüfern (Kollegialprüfung) oder vor einer Prüferin oder einem Prüfer in Gegenwart einer sachkundigen Beisitzerin oder eines sachkundigen Beisitzers (§ 15) als Gruppenprüfung oder als Einzelprüfung abgelegt.
- (3) Die Dauer der mündlichen Prüfung ist so zu bemessen, dass die Prüferin oder der Prüfer ein eindeutiges Urteil über die Leistungen des Prüflings gewinnt. Die Mindestdauer soll je Prüfling und Fach 30 Minuten nicht unterschreiten. In Zweifelsfällen kann die Prüferin oder der Prüfer die Prüfungsdauer bis zu 30 Minuten je Prüfling verlängern.
- (4) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfungsleistungen sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis ist dem Prüfling im Anschluss an die mündlichen Prüfungsleistungen bekanntzugeben.
- (5) Studierende, die sich in einem späteren Prüfungstermin der gleichen Fachprüfung unterziehen wollen, sollen nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen werden, es sei denn, der Prüfling widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich jedoch nicht auf die Beratung und Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse an den Prüfling.

§ 7

Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten

- (1) In den Klausurarbeiten und sonstigen schriftlichen Arbeiten soll der Prüfling nachweisen, dass er auf der Basis des notwendigen Fachwissens in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den gängigen Methoden seines Faches Aufgaben lösen oder Themen bearbeiten kann.
- (2) Klausurarbeiten und sonstige schriftlichen Arbeiten, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist, sind in der Regel, zumindest aber im Fall der letzten Wiederholungsprüfung, von zwei Prüferinnen oder Prüfern zu bewerten. Die Note ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen. Das Bewertungsverfahren soll vier Wochen nicht überschreiten.
- (3) Die Dauer der Klausurarbeiten und sonstiger schriftlicher Arbeiten beträgt in der Regel mindestens 90 Minuten und höchstens 120 Minuten.

§ 8

Bewertung der Prüfungsleistungen, Bildung und Gewichtung der Noten

- (1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüferinnen oder

Prüfern festgesetzt. Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	eine hervorragende Leistung;
2 = gut	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können einzelne Noten um 0,3 auf Zwischenwerte erhöht oder erniedrigt werden; die Noten 0,7/ 4,3/ 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

- (2) Besteht eine Fachnote aus mehreren Prüfungsleistungen, so errechnet sie sich aus dem gegebenenfalls gewichteten Durchschnitt der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen. Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die verbale Fachnote lautet bei einer numerischen Fachnote:

bei einem Durchschnitt bis einschließlich 1,5	= sehr gut
bei einem Durchschnitt von 1,6 bis einschließlich 2,5	= gut
bei einem Durchschnitt von 2,6 bis einschließlich 3,5	= befriedigend
bei einem Durchschnitt von 3,6 bis einschließlich 4,0	= ausreichend
bei einem Durchschnitt ab 4,1	= nicht ausreichend.

- (3) Bei der Bildung der Fachnoten werden bewertete Leistungsnachweise nach Lehrumfang und Lehranforderungen mit bis zu 50 % berücksichtigt, wenn die Fachprüfung ohnehin bestanden ist.
- (4) Für die Abschlussprüfung wird aus den Fachnoten und den Noten der Abschlussarbeit eine Gesamtnote gebildet. Bei der Bildung der Gesamtnote werden die Fachnote im Schwerpunktfach und die Note der Abschlussarbeit zweifach gewichtet.
- (5) Für die Abschlussprüfung wird bei einer Gesamtnote 1,0 das Prädikat "mit Auszeichnung bestanden" vergeben, sofern auch das Kolloquium gemäß § 25 dieser Leistung entspricht.

§ 9

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, wenn der Prüfling einen für ihn bindenden Prüfungstermin ohne triftigen Grund versäumt oder wenn er von einer Prüfung, die er angetreten hat, ohne triftigen Grund zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

- (2) Der für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachte Grund muss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Prüflings kann die Vorlage eines ärztlichen Attestes und in Zweifelsfällen eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Soweit die Einhaltung von Fristen für die erstmalige Meldung zur Prüfung, die Wiederholung von Prüfungen, die Gründe für das Versäumnis von Prüfungen und die Einhaltung von Bearbeitungszeiten für Prüfungsarbeiten betroffen sind, steht der Krankheit des Prüflings die Krankheit eines von ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes gleich. Wird der Grund anerkannt, so wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.
- (3) Versucht der Prüfling, das Ergebnis seiner Prüfungsleistungen durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf des Prüfungstermins stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die Prüfungsleistung mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.
- (4) Der Prüfling kann innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Stattfinden der Prüfung verlangen, dass die Entscheidungen nach Absatz 3 Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen sind dem Prüfling unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 10

Bestehen und Nichtbestehen

- (1) Eine Fachprüfung ist bestanden, wenn die Fachnote mindestens "ausreichend" (4,0) ist.
- (2) Die Abschlussprüfung ist bestanden, wenn die erforderlichen Studienleistungen erbracht und sämtliche Fachprüfungen der Abschlussprüfung bestanden sind, und die Abschlussarbeit einschließlich des Kolloquiums mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet wurde.
- (3) Hat der Prüfling eine Fachprüfung nicht bestanden oder wurde die Abschlussarbeit schlechter als "ausreichend" (4,0) bewertet, erhält er Auskunft darüber, ob und ggf. in welchem Umfang und in welcher Frist die Fachprüfung wiederholt werden kann.

§ 11

Freiversuch

- (1) Die Fachprüfungen der Abschlussprüfung können bei Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen auch vor Beginn der festgelegten Fristen abgelegt werden. Der Antrag auf Zulassung zur jeweiligen Prüfung ist schriftlich bis spätestens zwei Wochen vor Beginn des Prüfungsabschnittes an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten.
- (2) Im Rahmen der Abschlussprüfung erstmals abgelegte Fachprüfungen gelten als Freiversuch, wenn sie mindestens im vorangehenden Prüfungszeitraum vor der festgelegten regulären Prüfungsfrist absolviert werden.
- (3) Für jede der betroffenen Prüfungen wird ein Freiversuch eingeräumt. Bei der Wiederholung einer Fachprüfung ist kein Freiversuch zugelassen. Eine nichtbestandene vorzeitige Prüfung gilt als

nicht stattgefunden. Die nächste Teilnahme an der betroffenen Fachprüfung stellt keine Wiederholung dieser Prüfung dar.

- (4) Eine im Rahmen des Freiversuchs bestandene Prüfung kann auf Antrag des Kandidaten zur Aufbesserung der Note wiederholt werden. In diesen Fällen zählt die bessere Note.

§ 12

Wiederholung der Fachprüfungen

- (1) Nicht bestandene Fachprüfungen können höchstens zweimal wiederholt werden. Die Wiederholung einer bestandenen Fachprüfung ist, abgesehen von dem in § 11 Abs. 4 geregelten Fall, nicht zulässig. Fehlversuche an anderen Universitäten und gleichgestellten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland sind anzurechnen.
- (2) Die erste Wiederholungsprüfung kann nur innerhalb eines Jahres nach Abschluss des ersten Prüfungsversuches abgelegt werden. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Prüfung als endgültig nicht bestanden.
- (3) Eine zweite Wiederholungsprüfung kann nur in besonders begründeten Ausnahmefällen zum nächstmöglichen Prüfungstermin durchgeführt werden. Das Ergebnis der zweiten Wiederholungsprüfung kann nur mit "ausreichend" oder "nicht ausreichend" bewertet werden.

§ 13

Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

- (1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet, wenn sie an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland in einem Studiengang erbracht wurden, der derselben Rahmenordnung bzw. Akkreditierungsvereinbarung unterliegt.
- (2) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Studiengängen, die nicht unter Absatz 1 fallen, werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit gegeben ist. Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sind gleichwertig, wenn sie in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an der aufnehmenden Universität oder gleichgestellten Hochschule im Wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulkooperationsvereinbarungen zu beachten. Fehlversuche sind anzurechnen, wenn die Anerkennung von bestandenen Leistungen beantragt wird.
- (3) Für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien sowie für multimedial gestützte Studien- und Prüfungsleistungen gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.
- (4) Werden Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten - soweit die Noten-

Systeme vergleichbar sind - zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.

- (5) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 3 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. Die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die in der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Die Studierenden haben die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.
- (6) Die Vergabe von Credit Points / Leistungspunkten erfolgt gemäß den Vorgaben des ECTS (European Credit Transfer System) nach der in den "ECTS-Richtlinien der Fakultät für Chemie und Mineralogie" festgelegten Weise.

§ 14 Prüfungsausschuss

- (1) Für die Organisation Abschlussprüfungen sowie die durch die Hochschulprüfungsordnungen zugewiesenen Aufgaben ist der Prüfungsausschuss zuständig. Er besteht aus sieben Mitgliedern der Fakultät.
Die Amtszeit der Mitglieder beträgt in der Regel drei Jahre, die des studentischen Mitgliedes ein Jahr.
- (2) Dem Prüfungsausschuss gehören vier Hochschullehrer, zwei wissenschaftliche Mitarbeiter und ein Student an. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fakultätsrat bestellt. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter müssen Professoren sein. Der Studiendekan für Chemie soll zum Vorsitzenden bestellt werden.
- (3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet regelmäßig im Fakultätsrat über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten sowie über die Verteilung der Fach- und Gesamtnoten. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform der Studienordnungen/Studienpläne und Prüfungsordnungen.
- (4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend und die absolute Mehrheit der Professoren gegeben ist.
Der Prüfungsausschuss fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der Anwesenden. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende. Das studentische Mitglied wirkt bei der Festlegung von Prüfungsaufgaben nicht mit.
- (5) Der Prüfungsausschuss kann Befugnisse widerruflich auf den Vorsitzenden übertragen.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme der Prüfungsleistungen beizuwohnen.
- (7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 15 Prüferinnen oder Prüfer und Beisitzerinnen oder Beisitzer

- (1) Zu Prüferinnen oder Prüfern werden nur solche Mitglieder und Angehörige der Hochschule oder anderer Hochschulen bestellt, die in einem Prüfungsfach zur selbständigen Lehre berechtigt sind; soweit ein Bedürfnis besteht, kann auch zum Prüfer bestellt werden, wer die Befugnis zur selbständigen Lehre nur für ein Teilgebiet eines Prüfungsfaches besitzt. Zur Beisitzerin oder zum Beisitzer wird nur bestellt, wer die entsprechende Prüfung oder eine vergleichbare Prüfung erfolgreich abgelegt hat.
- (2) Die Namen der Prüferinnen und Prüfer werden den Prüflingen rechtzeitig bekanntgegeben.
- (3) Der Prüfling kann für die mündlichen Prüfungsleistungen die Prüferin oder den Prüfer oder eine Gruppe von Prüferinnen oder Prüfern vorschlagen. Der Vorschlag begründet keinen Anspruch.
- (4) Für die Prüferinnen oder Prüfer und Beisitzerinnen oder Beisitzer gilt § 14 Abs. 7 entsprechend.

§ 16

Zweck und Durchführung der Abschlussprüfung

Die Abschlussprüfung einschließlich der Abschlussarbeit bildet den berufsqualifizierenden Abschluss des Masterstudienganges. Durch die Abschlussprüfung wird festgestellt, ob der Prüfling die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen grundlegenden und vertieften Fachkenntnisse erworben hat, deren Zusammenhänge überblickt und die Fähigkeit besitzt, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden.

§ 17

Ausgabe, Abgabe, Bewertung und Wiederholung der Abschlussarbeit

- (1) Die Abschlussarbeit soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus seinem Fach selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.
- (2) Das Thema der Abschlussarbeit kann von einer Professorin oder einem Professor oder einer anderen, nach Landesrecht prüfungsberechtigten Person ausgegeben und betreut werden, soweit diese an der jeweiligen Hochschule in einem für den jeweiligen Studiengang relevanten Bereich tätig sind. Soll die Abschlussarbeit in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt werden, bedarf es hierzu der Zustimmung der oder des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.
- (3) Die Ausgabe des Themas der Abschlussarbeit erfolgt über den Prüfungsausschuss. Thema und Zeitpunkt sind aktenkundig zu machen. Der Prüfling kann Themenwünsche äußern. Auf Antrag des Prüflings wird vom Prüfungsausschuss die rechtzeitige Ausgabe der Abschlussarbeit veranlasst. Die Abschlussarbeit ist spätestens vier Wochen nach Abschluss der Fachprüfungen auszugeben. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb von zwei Monaten nach Ausgabe zurückgegeben werden.
- (4) Die Abschlussarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit erbracht werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Prüflings auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Abs. 1 erfüllt.

- (5) Die Abschlussarbeit ist fristgemäß beim Prüfungsausschuss abzuliefern; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Bei der Abgabe hat der Prüfling schriftlich zu versichern, dass er seine Arbeit - bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.
Wird die Abschlussarbeit aus Gründen, die der Prüfling zu verantworten hat, nicht fristgemäß abgeliefert, gilt sie als mit "nicht ausreichend" bewertet.
- (6) Die Abschlussarbeit ist in der Regel von zwei Prüferinnen oder Prüfern, die der Prüfungsausschuss bestellt, selbständig zu bewerten. Darunter soll die Betreuerin oder der Betreuer der Abschlussarbeit sein. Das Bewertungsverfahren soll vier Wochen nicht überschreiten.
- (7) Differieren die beiden Beurteilungen, so wird die Note der Abschlussarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr, wird vom Prüfungsausschuss ein dritter Prüfer bestellt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Abschlussarbeit aus dem arithmetischen Mittel der beiden besseren Bewertungen. Resultiert für die Abschlussarbeit ein Durchschnitt, der nicht in der Bewertungsskala enthalten ist, so wird zur Entscheidung zwischen der nächstniedrigeren und nächsthöheren Note die Leistung im Kolloquium (§ 25 (2)) herangezogen.
- (8) Die Abschlussarbeit kann bei einer Bewertung, die schlechter als "ausreichend" (4,0) ist, nur einmal wiederholt werden. Eine Rückgabe des Themas der Abschlussarbeit in der in Abs. 3 genannten Frist ist jedoch nur zulässig, wenn der Prüfling bei der Anfertigung seiner ersten Arbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

§ 18

Zeugnis und Masterurkunde

- (1) Über die bestandene Abschlussprüfung erhält der Prüfling jeweils unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen, ein Zeugnis.
1. die verbalen Fachnoten mit Angabe der Fachbezeichnung und Kennzeichnung des Schwerpunktfaches sowie der numerischen Fachnoten in Klammern,
 2. das Thema und die Note der Abschlussarbeit,
 3. die verbale Gesamtnote der Prüfung mit Angabe der numerischen Gesamtnote in Klammern sowie
 4. die Bestätigung, dass die Prüfung bestanden wurde.

Gegebenenfalls können ferner – auf Antrag des Prüflings – das Ergebnis der Fachprüfungen in weiteren als den vorgeschriebenen Fächern (Zusatzfächern) und die bis zur Abschlussprüfung benötigte Fachstudiendauer in das Zeugnis aufgenommen werden.

- (2) Gleichzeitig mit dem Zeugnis der Abschlussprüfung erhält der Prüfling eine Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses. Darin wird die Verleihung des Mastergrades beurkundet. Die Urkunde wird von der Dekanin bzw. dem Dekan und von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem entsprechenden Siegel versehen. Der Urkunde über die Verleihung des Mastergrades wird eine englischsprachige Übersetzung beigelegt.
- (3) Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.
- (4) Die Universität Leipzig stellt Studierenden, die ihr Studium nicht abschließen, auf Antrag ein

Studienzeugnis über die erbrachten Leistungen aus. Dieses Studienzeugnis enthält:

1. die erbrachten Prüfungsleistungen und Leistungsnachweise,
2. die Noten der erbrachten Prüfungsleistungen und Leistungsnachweise sowie
3. die Prüfungsleistungen oder Leistungsnachweise, die zur Prüfung noch fehlen.

Darüber hinaus muss die Bescheinigung erkennen lassen, dass die Prüfung noch nicht bestanden wurde.

§ 19

Ungültigkeit einer Prüfung

- (1) Hat der Prüfling bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann die Note der Prüfungsleistung entsprechend § 9 Abs. 3 berichtigt werden. Gegebenenfalls kann die Fachprüfung für "nicht ausreichend" und die Abschlussprüfung für "nicht bestanden" erklärt werden.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Abnahme einer Fachprüfung nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Fachprüfung geheilt. Hat der Prüfling vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, dass er die Fachprüfung ablegen konnte, so kann die Fachprüfung für "nicht ausreichend" und die Abschlussprüfung für nicht bestanden erklärt werden.
- (3) Dem Prüfling ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.
- (4) Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis sind auch die Urkunde und das Diploma Supplement einzuziehen, wenn die Abschlussprüfung auf Grund einer Täuschung für "nicht bestanden" erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Zeugnisses ausgeschlossen.

§ 20

Einsicht in die Prüfungsakten

Innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird dem Prüfling auf Antrag in angemessener Frist Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten und in die Prüfungsprotokolle gewährt. Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 21

Zuständigkeiten (Prüfungsamt)

Dem Prüfungsamt obliegen – auf Weisung des Prüfungsausschusses – insbesondere folgende Aufgaben:

1. Bekanntgabe der Prüfungstermine sowie Festsetzung und Bekanntgabe der verbindlichen Fristen für die Anträge auf Zulassung zu den Prüfungen (Ausschlussfristen);
2. die Zulassung zu den Prüfungsleistungen;
3. Bekanntgabe der Zulassung zu Prüfungen;
4. Führung der Prüfungsakten;
5. Ladung der Prüflinge;
6. Unterrichtung der Prüferinnen und Prüfer über die Prüfungstermine;

- Mitteilung der Namen der Prüferinnen und Prüfer an die Prüflinge und Bekanntgabe der Prüfungsdauer vor der Anmeldung zur Prüfung;
Entgegennahme von Anträgen auf Zulassung zur Prüfung und von Prüfungsunterlagen;
Aufstellung der Prüfungspläne (einschließlich der Raum- und Terminpläne) für Prüferinnen und Prüfer, Beisitzerinnen und Beisitzer und Prüfungsaufsichten in Absprache mit den betroffenen Prüferinnen und Prüfern;
10. Aufstellung der Liste der Prüfungskandidatinnen und/oder -kandidaten eines Prüfungstermins;
11. Benachrichtigung der Prüflinge über die Prüfungsergebnisse;
12. Vorbereitung der Prüfungszeugnisse und ihre Aushändigung;
13. Entgegennahme von Widersprüchen gegen den Ablauf oder das Ergebnis von Prüfungen.

2. Abschnitt: Fachspezifische Bestimmungen

§ 22

Studiendauer, Studienaufbau und Stundenumfang

- (1) Die Regelstudienzeit gemäß § 1 beträgt 4 Semester.
- (2) Das Studium besteht gemäß Studienablaufplan (Anhang zur Studienordnung) aus
 1. Vorlesungen (28 SWS),
 2. Praktika (32 SWS) und
 3. aus der Abschlussprüfung mit 3 mündlichen Fachprüfungen und der Abschlussarbeit.
- (3) Lehrangebot und Studienplan werden so gestaltet, dass alle Lehrveranstaltungen, an denen die/der Studierende teilzunehmen hat, in vier Studiensemestern besucht werden können.
- (4) Neben den Prüfungsfächern, die gemäß dieser Prüfungsordnung für die Prüfungen vorgeschrieben sind, können auch weitere Fächer (Zusatzfächer) aus dem Angebot der Universität Leipzig studiert werden. Im Interesse einer möglichst breit angelegten Ausbildung wird das Studium solcher Zusatzfächer ausdrücklich empfohlen.
- (5) Im Verlauf des zweijährigen Studienganges ist in der Regel an einer Exkursion im Berufsfeld teilzunehmen.

§ 23

Fachliche Voraussetzung für die Abschlussprüfung

- (1) Zu einer Fachprüfung der Abschlussprüfung kann nur zugelassen werden, wer neben den in § 4 aufgeführten Unterlagen den für jede der Fachprüfungen gemäß § 24 erforderlichen Leistungsnachweis erbracht hat.
- (2) Die Fachprüfungen der Abschlussprüfung kann nur ablegen, wer
 1. im Bachelorstudiengang Chemie die Abschlussprüfung an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland in der Regel mit mindestens befriedigend bestanden oder eine gemäß § 14 Abs. 2 und 3 als gleichwertig angerechnete Prüfungsleistung erbracht hat.

2. je einen Leistungsnachweis über die erfolgreiche Teilnahme
C an zwei Praktika im Umfang von 6 SWS sowie
C an zwei Praktika im Umfang von 10 SWS, davon mindestens eins im Schwerpunktfach, vorlegt.
3. je einen Leistungsnachweis über die erfolgreiche Teilnahme an den Lehrveranstaltungen in
C Analytischer Chemie (2 SWS)
C Anorganischer Chemie (3 SWS)
C Organischer Chemie (3 SWS)
C Physikalischer Chemie (3 SWS) und
C Wahlpflichtvorlesungen im Umfang von 7 SWS vorlegt.
4. je einen Leistungsnachweis über die erfolgreiche Teilnahme an Lehrveranstaltungen
C im Schwerpunktfach (6 SWS) und
C Wahlpflichtvorlesungen zum Schwerpunktfach im Umfang von 4 SWS vorlegt.

§ 24

Gegenstand, Art und Umfang der Abschlussprüfung

- (1) Die Abschlussprüfung besteht aus je einer mündlichen Prüfung
C in einem Schwerpunktfach aus dem beispielhaften Fächerkatalog des Absatzes 2 sowie
C in zwei in naher Beziehung zu dem Schwerpunktfach stehenden Wahlfächern dieses Fächerkatalogs und
C der Abschlussarbeit.
- (2) Der Fächerkatalog umfasst folgende Fachgebiete:
C Analytische Chemie
C Anorganische Chemie
C Biochemie
C Chemie/Biowissenschaften
C Chemie der Grenzflächen
C Materialwissenschaften
C Organische Chemie
C Physikalische Chemie
C Technische Chemie
C Theoretische Chemie
C Umweltchemie
- (3) Die Prüfungszeit beträgt in der Regel je Prüfling und Fach mindestens 30 Minuten und höchstens 60 Minuten.
- (4) Gegenstand der Fachprüfungen sind die Stoffgebiete der den Prüfungsfächern zugeordneten Lehrveranstaltungen.

§ 25

Bearbeitungszeit der Abschlussarbeit, Kolloquium

- (1) Die Zeit von der Ausgabe des Themas der Abschlussarbeit bis zu deren Abgabe beträgt höchstens sechs, bei experimentellen Arbeiten neun Monate.
Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Abschlussarbeit sind von der Betreuerin oder dem Betreuer so zu begrenzen, dass die Frist zur Bearbeitung der Abschlussarbeit eingehalten werden kann.
Im Einzelfall kann auf begründeten Antrag der Prüfungsausschuss die Bearbeitungszeit um höchstens drei Monate verlängern, wenn dadurch die Regelstudienzeit nicht überschritten wird.
- (2) Die Ergebnisse der Abschlussarbeit sind in einem Kolloquium vorzustellen. Die Bewertung des Kolloquiums wird gemäß § 17 Abs. 7 in die Note der Abschlussarbeit einbezogen.

§ 26

Abschlussgrad

- (1) Ist die Abschlussprüfung im Masterstudiengang Chemie bestanden, wird der akademische Grad "Master of Science" (M.Sc.) verliehen.
- (2) Die Universität Leipzig stellt ein Diploma Supplement (DS) entsprechend dem Diploma Supplement Modell von Europäischer Union/Europarat/UNESCO aus. Als Darstellung des nationalen Bildungssystems (DS-Abschnitt 8) findet der zwischen KMK und HRK abgestimmte Text in der jeweils geltenden Fassung Verwendung.

§ 27

In-Kraft-Treten

- (1) Diese Prüfungsordnung tritt zum Wintersemester 2002/2003 in Kraft. Sie wurde ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Fakultätsrates vom 19.11.2001 und des Senats der Universität Leipzig vom 11.12.2001. Sie wurde vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst am 29.01.2002 (AZ 3-7831-17-0361/14-1) genehmigt und wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig veröffentlicht.
- (2) Die Gültigkeit dieser Ordnung ist zunächst bis zum 30.09.2007 befristet.

Leipzig, den

Prof. Dr. Volker Bigl
Rektor